

Ä1 Verkehr und Mobilität – nachhaltig, barrierefrei, zukunftsfähig

Antragsteller*in: Grüne Fraktion Rhede

Beschlussdatum: 12.05.2025

Änderungsantrag zu KWP 4

Von Zeile 24 bis 28 löschen:

- Bedarfsgerechter Ausbau der ÖPNV-Infrastruktur—~~so soll insbesondere die Reaktivierung der Bahnstrecke Bocholt—Borken—Coesfeld (–Münster) entschieden vorangetrieben werden—auf Basis transparenter, seriöser Planungsdaten.~~ Auch Anbindungen an das Fernverkehrsnetz sowie im Euregio-Raum sollen erneut geprüft werden. Bestehende Bahnverbindungen müssen so

Begründung

Vor über 10 Jahren begann die Diskussion und Planung eines Radschnellweges auf der alten Bahntrasse.

Nach intensiven Diskussionen und Beteiligungsverfahren wurde 2021 die Grundsatzentscheidung pro Radschnellweg gefällt.

Das ist die immer noch aktuelle Beschlusslage in den beteiligten Kommunen und des Kreises.

Jetzt kurz vor der Zielerreichung die Kontroverse „Bahn contra Radschnellweg“ wiederzubeleben, macht uns Grüne unglaublich und schadet dem guten Ziel.

Die Ausführungsplanungen sind weit fortgeschritten, eigentlich könnte der Radschnellweg gebaut werden.

Die Pläne zur Reaktivierung der Bahn sind lobenswert, aber eine mögliche Umsetzung ist eine sympathische Utopie.

Die Argumente sind ausgetauscht! Die Entscheidung steht! Nun lasst sie uns das Projekt endlich angehen!

Änderungsantrag zu KWP 4

Von Zeile 26 bis 28 einfügen:

- entschieden vorantreiben werden – auf Basis transparenter, seriöser Planungsdaten, die insbesondere bestehende Radwegstrecken in die Planung einbeziehen und multimodale Mobilitätskonzepte weiterentwickeln. Auch Anbindungen an das Fernverkehrsnetz sowie im Euregio-Raum sollen erneut geprüft werden. Bestehende Bahnverbindungen müssen so

Begründung

Die Weiterentwicklung und der Ausbau des schienengebundenen ÖPNV-Netzes ist elementarer Bestandteil der Verkehrswende hin zu einem klimaneutralen und sozialgerechten Mobilitätskonzept. Dabei darf der Ausbau des Schienennetzes nicht zu Lasten des mühsam errungenen Fortschrittes beim Ausbau des Radwegenetzes erfolgen. So muss bei der Reaktivierung der benannten Bahnstrecke berücksichtigt werden, dass die Durchgängigkeit des Radschnellweges entlang der alten Bahnstrecke nicht in Frage gestellt oder kompromittiert wird. Gleichzeitig muss geprüft werden wie die unterschiedlichen Belange zwischen Bahn- und Radverkehr in Einklang gebracht werden können. Dies sollte das Mobilitätskonzept hinreichend berücksichtigen.

Änderungsantrag zu KWP 4

Von Zeile 23 bis 29:

- Bedarfsgerechter Ausbau der ÖPNV-Infrastruktur - die Reaktivierung der Bahnstrecke Bocholt – Borken – Coesfeld (– Münster) kann einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung des klimafreundlichen Verkehrs leisten. Dies gilt ebenso für den geplanten Radschnellweg RS2 auf weitgehend gleicher Trasse. Beide Vorhaben sind aus unserer Sicht von großer Bedeutung und dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wir setzen uns dafür ein, tragfähige Lösungen zu entwickeln, die Bahnreaktivierung und Radschnellweg gleichermaßen ermöglichen – etwa durch alternative Trassenführungen, kombinierte Nutzungskonzepte oder abschnittsweise parallele Streckenverläufe. Dabei ist für uns klar: Eine solch wichtige Entscheidung muss auf der Grundlage belastbarer und transparenter Daten erfolgen. Bisher wurden zwei Gutachten zur Wiederinbetriebnahme der Bahnstrecke vorgelegt, die sich jeweils als grob fehlerbehaftet erwiesen haben. Das kritisieren wir mit Nachdruck. Es ist bedauerlich, dass hier wertvolle Zeit verloren wurde, weil bis heute keine seriösen und aussagekräftigen Planungsdaten vorliegen. Wir fordern eine zügige, fachlich saubere und transparente Aufarbeitung, um die Diskussion endlich auf eine verlässliche Grundlage zu stellen.
- ~~Bedarfsgerechter Ausbau der ÖPNV-Infrastruktur – so soll insbesondere die Reaktivierung der Bahnstrecke Bocholt – Borken – Coesfeld (– Münster) entschieden vorangetrieben werden – auf Basis transparenter, seriöser Planungsdaten. Auch Anbindungen an das Fernverkehrsnetz sowie im Euregio-Raum sollen erneut geprüft werden. Bestehende Bahnverbindungen müssen so modernisiert werden, dass sie eine zuverlässige Anbindung gewährleisten.~~
- Multimodale Mobilitätskonzepte im Kreis Borken weiterentwickeln – Wir wollen Verkehrsmittel intelligent verknüpfen, den Umweltverbund zu stärken und individuelle Wegeketten einfach und klimafreundlich zu gestalten. Dazu gehören moderne Bahnverbindungen ebenso wie gut ausgebaut Radwege, attraktive Taktungen im ÖPNV und eine verlässliche digitale Fahrgastinformation. Auch die Anbindung an das Fernverkehrsnetz sowie Verbindungen im Euregio-Raum sollen erneut geprüft und – wo sinnvoll – verbessert werden. Bestehende Bahnverbindungen müssen so modernisiert werden, dass sie eine zuverlässige und komfortable Anbindung für die Menschen im Kreis gewährleisten.

Ä1 Digitalisierung und moderne Verwaltung

Antragsteller*in: Fabian Damken (KV Borken)

Änderungsantrag zu KWP 6

Von Zeile 20 bis 21 einfügen:

- Datensicherheit gewährleisten, soweit hierdurch die Nutzbarkeit der Angebote nicht gravierend eingeschränkt wird.

Begründung

Datenschutz und Datensicherheit schränken die Nutzbarkeit immer leicht ein, eine gewisse Einschränkung der Nutzbarkeit ist zu gunsten des Datenschutzes jedoch gerechtfertigt.

Ä2 Digitalisierung und moderne Verwaltung

Antragsteller*in: Fabian Damken (KV Borken)

Änderungsantrag zu KWP 6

Nach Zeile 58 einfügen:

- das Bildungsangebot zu grenzüberschreitenden Arbeiten verbessern und für eine Klärung juristischer Uneinigkeiten bei der Besteuerung einsetzen.

Begründung

Grenzüberschreitendes Arbeiten ist in unserem Kreis sehr relevant, es ist oft für die Personen allerdings kompliziert, sich über Auswirkungen auf Steuerrecht, Sozialversicherung usw. zu informieren, dies wollen wir verbessern.

Ä1 Soziales, Gesundheit und Wohnen

Antragsteller*in: Fabian Damken (KV Borken)

Änderungsantrag zu KWP 7

Von Zeile 40 bis 42:

- Migration als Chance verstehen – ~~Pflegefachkräfte aus dem Ausland gezielt anwerben und mit Sprachförderung sowie berufliche Weiterbildung unterstützen~~ – Fachkräfte mit Sprachförderung sowie berufliche Weiterbildung unterstützen und Pflegefachkräfte aus dem Ausland gezielt anwerben, ebenso wie migrantische Pflegeinteressierte.

Begründung

Der Fokus sollte nicht nur darauf liegen neue Ausländer*innen anzuwerben, sondern auch die, die bereits in Deutschland leben, zu fördern.

Ä2 Soziales, Gesundheit und Wohnen

Antragsteller*in: Fabian Damken (KV Borken)

Änderungsantrag zu KWP 7

Nach Zeile 95 einfügen:

- Reduktion des Wohnungsleerstandes, um den Wohnungsmangel zu bekämpfen.

Begründung

Durch Wohnungsleerstand werden Wohnungsangebote künstlich verknappt, wodurch sie teurer werden und Personen schlechter gut passende Wohnungen finden.

Ä1 Bildung und Schule – gerecht, inklusiv, zukunftsfähig

Antragsteller*in: Fabian Damken (KV Borken)

Änderungsantrag zu KWP 8

Nach Zeile 34 einfügen:

- Schulen kreisweit bei der Einführung von Demokratie-Projekten wie „aula“ unterstützen, um Schüler*innen schon früh an demokratische Prozesse heranzuführen;

Begründung

Es ist wichtig, Jugendliche früh abzuholen und für unsere Demokratie zu begeistern, dies wird durch solche Projekte unterstützt. Zudem gibt es uns die Möglichkeit die Bedürfnisse von Schüler*innen besser zu verstehen und Schulangebote zu verbessern.

Ä1 Generationengerecht leben – für ein gutes Aufwachsen und würdiges Älterwerden

Antragsteller*in: Fabian Damken (KV Borken)

Redaktionelle Änderung

Viele Personen können mit der Abkürzung „LGBTIQ*“ noch nichts anfangen, wir würden das hier durch „LSBTIQ* (Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans-, intergeschlechtliche und weitere queere)“ ersetzen.

Ä2 Generationengerecht leben – für ein gutes Aufwachsen und würdiges Älterwerden

Antragsteller*in: Fabian Damken (KV Borken)

Änderungsantrag zu KWP 9

Nach Zeile 71 einfügen:

- Ausreichende Finanzierung des Jugendamtes sicherstellen, sodass dieses Familien bestmöglich unterstützen kann. Dabei sollen auch die Programmmöglichkeiten für Familien in schwierigen Lagen erweitert werden.

Begründung

Das Jugendamt wird oft ausschließlich mit der Wegnahme von Kindern aus ihrer Familie verbunden, dabei soll es auch Familien in Krisensituationen unterstützen und damit verhindern, dass dies nötig wird. Das ist aber oft auch sehr teuer und muss ausreichend finanziert werden. Diese Funktion des Jugendamtes sollte unterstützt und sichtbarer gemacht werden.

Ä3 Generationengerecht leben – für ein gutes Aufwachsen und würdiges Älterwerden

Antragsteller*in: Fabian Damken (KV Borken)

Änderungsantrag zu KWP 9

Nach Zeile 71 einfügen:

- Prävention von physischem und psychischem Missbrauch von Kindern und Jugendliche durch regelmäßige Schulung und Sensibilisierung der Kinder und Jugendlichen, Erziehungsberechtigten, Erzieher*innen, Lehrer*innen und weiteren möglichen Vertrauenspersonen.

Begründung

Kinder sind Gewalt jeglicher Form durch Vertrauenspersonen nahezu schutzlos ausgeliefert. Damit weniger Kinder darunter leiden müssen, müssen sie selbst etwas über ihre Rechte lernen und wie sie sich Hilfe holen können. Als auch müssen alle Bezugspersonen (Eltern, Erzieher*innen, Lehrer*innen, aber ggf. auch gleichaltrige Freund*innen und Betreuer*innen von Freizeitangeboten) sensibilisiert und geschult werden, welche Warnsignale es gibt und wie vorgegangen werden kann.

Ä1 Inklusion und Integration

Antragsteller*in: Fabian Damken (KV Borken)

Änderungsantrag zu KWP 10

Nach Zeile 15 einfügen:

Barrierefreiheit umfasst dabei unter anderem aber nicht ausschließlich die Zugänglichkeit für Rollstuhlnutzer*innen, Menschen mit Sehbehinderung, Hörbehinderung, geistiger Behinderung und psychischer Behinderung.

Von Zeile 21 bis 22 einfügen:

- den ÖPNV vollständig barrierefrei gestalten und die Verkehrswende inklusiv umsetzen. Dabei unterstützt schon ein weiterer Ausbau des ÖPNV die Möglichkeit zur barrierefreien Fortbewegung.

Von Zeile 25 bis 26 einfügen:

- öffentliche Veranstaltungen des Kreises durchgängig barrierefrei gestalten. Dies umfasst beispielsweise das Streamen des Bild- und Audiosignals auf private Geräte, damit dies von den Nutzer*innen verstärkt werden kann.

Nach Zeile 30 einfügen:

- Relevante Informationen sollen in leichter Sprache zugänglich sein.
- Ausbau von Blindenleittreppen.
- Problemloser Assistenzhundezutritt zu allen öffentlichen Gebäuden und Schulung des Personals diesbezüglich.

Begründung

Barrierefreiheit wird von den meisten nur als rollstuhlzugänglichkeit verstanden. Dabei können verschiedene Formen der Behinderung zu allen möglichen Barrieren führen. Aufgrund der hohen Diversität von Behinderungen ist es nicht möglich, alle möglichen Barrieren zu verhindern, dennoch ist es möglich, sich immer wieder bewusst zu machen, was alles Barrieren sein können und diese möglichst umfassend abzubauen.

Viele Menschen sind darauf angewiesen mit dem ÖPNV zu fahren, zum Beispiel weil ihnen Gehen, Fahrrad oder Auto fahren aus gesundheitlichen Gründen nicht möglich ist.

- Hinweis auf weitere mögliche Barrieren auf Veranstaltungen und wie sie ohne großem Aufwand zu beheben sind. Das Audiosignal kann auf einer bestimmten Frequenz von Hörgeräten empfangen werden und mögliche Folien können vorab hochgeladen werden und dann mit Zoom auf dem eigenen Bildschirm angesehen werden
- Leichte Sprache ist sowohl für Menschen mit geistiger Behinderung als auch für Menschen hilfreich, für die Deutsch eine Fremdsprache ist.
- Blindenleittreppen können auch in Städten hilfreich sein.
- Assistenzhundeteams haben rechtlich gesehen überall Zugang, dies funktioniert in der Realität allerdings noch nicht problemlos.

Ä1 Feminismus, Gleichberechtigung und Gleichstellung

Antragsteller*in: Fabian Damken (KV Borken)

Änderungsantrag zu KWP 11

Von Zeile 15 bis 19:

Deshalb fordern wir die konsequente Umsetzung feministischer Perspektiven auf allen Ebenen: bei der Haushaltsplanung ~~(Gender Budgeting), in der Stadt- und Raumgestaltung (Gender Planning) sowie in allen kommunalen Entscheidungsprozessen (Gender Mainstreaming).~~ in der Stadt- und Raumgestaltung sowie in allen kommunalen Entscheidungsprozessen. Gleichstellungspolitik braucht verlässliche Strukturen, finanzielle Ressourcen und den politischen Willen,

Begründung

Die Worte sind nicht allgemein (zumindest uns) nicht bekannt und können sehr nach „Genderwahnsinn“ klingen. Sie fügen wenig Information hinzu.

Ä2 Feminismus, Gleichberechtigung und Gleichstellung

Antragsteller*in: Fabian Damken (KV Borken)

Änderungsantrag zu KWP 11

Von Zeile 23 bis 24 einfügen:

- Schutzräume wie Frauenhäuser für von Gewalt betroffene Frauen und Kinder sorgen. Dabei wollen wir Optionen schaffen, damit auch Frauen mit Söhnen, die älter als 14 Jahre sindm gemeinsam untergebracht werden können.

Begründung

Aktuell gibt es eine Versorgungslücke an Unterkünften für Mütter die mit ihren Kinder vor häuslicher Gewalt fliehen, wenn darunter Jungs über 14 sind, die in Frauenhäusern nicht aufgenommen werden.

Ä3 Feminismus, Gleichberechtigung und Gleichstellung

Antragsteller*in: Fabian Damken (KV Borken)

Änderungsantrag zu KWP 11

Nach Zeile 24 einfügen:

- Stärkung der Zugänglichkeit von Hilfsangebote für Frauen im gesamten Kreis.

Begründung

Obwohl unser Kreis so groß ist, gibt es nur ein Frauenhaus in Bocholt. In anderen Städten, zum Beispiel Gronau, gibt es zwar Ferienwohnungen, diese sind allerdings schnell besetzt. Hier wäre die Schaffung von erweiterten Angeboten, beispielsweise einem niedrigschwelligen kostenlosen Shuttle zum Frauenhaus, angebracht.

Ä4 Feminismus, Gleichberechtigung und Gleichstellung

Antragsteller*in: Fabian Damken (KV Borken)

Redaktionelle Änderung

Da auch hier nicht allen Personen die Abkürzung „FLINTA*“ geläufig ist, würden wir dies durch „FLINTA* (Frauen, Lesben, intergeschlechtliche, nichtbinäre, transgeschlechtliche, agender)“ ersetzen.

Ä5 Feminismus, Gleichberechtigung und Gleichstellung

Antragsteller*in: KMV

Beschlussdatum: 18.05.2025

Änderungsantrag zu KWP 11

Von Zeile 15 bis 19:

Deshalb fordern wir die konsequente Umsetzung feministischer Perspektiven auf allen Ebenen: ~~bei der Haushaltsplanung (Gender Budgeting), in der Stadt- und Raumgestaltung (Gender Planning) sowie in allen kommunalen Entscheidungsprozessen (Gender Mainstreaming).~~ durch geschlechtergerechte Haushaltsplanung ("Gender Budgeting"), geschlechtergerechte Stadt- und Raumgestaltung ("Gender Planning") sowie einer geschlechtergerechten Gestaltung aller kommunalen Entscheidungsprozessen ("Gender Mainstreaming"). Gleichstellungspolitik braucht verlässliche Strukturen, finanzielle Ressourcen und den politischen Willen,

Ä6 Feminismus, Gleichberechtigung und Gleichstellung

Antragsteller*in: KMV

Beschlussdatum: 18.05.2025

Änderungsantrag zu KWP 11

Nach Zeile 56 einfügen:

- Schutz und Hilfe vor Gewalt gilt umfassend für alle Betroffenen gleich welchen Geschlechts, daher unterstützen wir den Ausbau geschlechterinklusive Hilfsstrukturen.

Ä1 Demokratie stärken – Haltung zeigen

Antragsteller*in: Fabian Damken (KV Borken)

Änderungsantrag zu KWP 13

Nach Zeile 26 einfügen:

- einsetzen gegen die Grenzkontrollen an den Grenzen zur Niederlande, diese schaden dem europäischen Miteinander und ganz konkret Bürger*innen und Wirtschaft in unserem Kreis, die regelmäßig die Grenze überqueren.

Begründung

Auch wenn die Grenzkontrollen unseres Wissens nach nicht der Kontrolle des Kreises unterstehen, sollten wir uns dennoch dafür stark machen, dass sie nicht fortgeführt oder ausgeweitet werden.

Ä2 Demokratie stärken – Haltung zeigen

Antragsteller*in: Fabian Damken (KV Borken)

Änderungsantrag zu KWP 13

Von Zeile 32 bis 33:

- ~~die politische Bildung stärken, unter anderem durch regelmäßige Planspiele (Jugendkreistage)~~
- die politische Bildung stärken, unter anderem durch den vereinfachten Einsatz von Jugendkreistagen und die Einbringung von Demokratie-Projekten wie „aula“ in Schulen.

Begründung

„Planspiele“ klingt sehr nach einem nicht ernst nehmenden „wir lassen die mal spielen“, dabei können aus solchen Projekten auch sehr sinnvolle Einblicke für die Politik kommen. Zur Stärkung von „aula“ siehe Änderungsantrag zu KWP 8.

Ä3 Demokratie stärken – Haltung zeigen

Antragsteller*in: Fabian Damken (KV Borken)

Änderungsantrag zu KWP 13

Nach Zeile 33 einfügen:

- die politische Partizipation von Jugendlichen stärken und Jugendliche ab 16 Jahren als sachkundige Bürger*innen in Ausschüssen einsetzen (anknüpfend an die entsprechend geplante Änderung der Gemeindeordnung, die das ab der nächsten Wahl ermöglichen wird).

Begründung

Wir finden, dass auch Jugendliche einen sehr wertvollen Beitrag zur Kommunalpolitik leisten können und durch die Inklusion von diesen eine breitere Varianz von Eindrücken einfließen kann. Auch sollten wir hier als Vorbild vortreten und könnten eine Art Leuchtturmprojekt starten.

Ä4 Demokratie stärken – Haltung zeigen

Antragsteller*in: KMV

Beschlussdatum: 18.05.2025

Änderungsantrag zu KWP 13

Von Zeile 45 bis 46:

- Netzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ anschließen – um klare gesellschaftliche Zeichen gegen ~~rechte~~rechtspopulistische und antidemokratische Einflussnahme zu setzen.